

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 26 (1923-1924)
Heft: 15

Artikel: Bismarcks Konflikt mit der Schweiz und die internationale Arbeiterkonferenz [Schluss]
Autor: Gagliardi, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-748431>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den Bildung zu einem neuen Dritten verschmelzen zu wollen. Als Zeugnis dafür dürfen wir die Sprachschöpfung anrufen, die mit Bodmer einsetzt, die im Klassizismus und in der Romantik die ostdeutsche Sachprosa dichterisch färbte, und die in unseren Tagen, wofür Borchardts Werk spricht, sich zielbewusst entfaltet. Ein Volk und eine Sprache, die leben wollen, dürfen sich an keinen Kanon verlieren. Das Beste darüber steht dort, wo Fichte in seinen *Reden* von den Völkern toter und den Völkern lebendiger Sprachen handelt.

JOSEF NADLER



BISMARCKS KONFLIKT MIT DER SCHWEIZ UND DIE INTERNATIONALE ARBEITERKONFERENZ

1889—1890

(Schluss)

Die Gegensätze bestanden also tatsächlich in fast unverminderter Schärfe weiter: nach wie vor war Bismarck der Überzeugung, Versprechungen und Maßregeln von unbestimmter und unberechneter Tragweite bedeuteten in der Situation, wie sie durch die Streike des Vorjahrs vorbereitet waren, dazu unmittelbar vor den Reichstagswahlen, eine Gefahr. Um die Ungeduld des Kaisers aber einigermaßen zu befriedigen, gab er den beiden schließlich vereinbarten Entwürfen eine Wilhelms II. Charakter und seinem Verlangen nach schwunghaftem Ausdruck entsprechende Form. Freilich erklärte er bei der Vorlegung, dass er sie lediglich aus Gehorsam gemacht habe, und er bat dringend, von Veröffentlichungen dieser Art Abstand zu nehmen, jedenfalls die Wahlen vorübergehen zu lassen, ehe die Arbeiterfrage öffentlich berührt werde. Statt die Konzepte aber, wie der Kanzler anriet, in das brennende Kaminfeuer zu werfen, unterzeichnete sie der Kaiser, und da die entstandenen Divergenzen überdies durch eine Reihe von Äußerungen Bismarcks und anderer natürlich bereits in die Öffentlichkeit gedrungen waren, entstand der mächtige Eindruck eines Sieges Wilhelms II. über seinen vornehmsten Berater:

bereits war vorübergehend von dessen Rücktritt als preußischer Ministerpräsident die Rede.¹⁾

Eine genauere Betrachtung der u. a. in Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen* wieder abgedruckten Erlasse vom 4. Februar 1890 zeigt freilich, wie der Kanzler die Hoffnung keineswegs aufgegeben hatte, die ganze Aktion seines Monarchen zum Scheitern zu bringen: nicht bloß, dass die ursprünglich beabsichtigte Kontrasignierung durch ihn, resp. Boetticher, unterblieb. In der durch den Kanzler persönlich festgestellten Fassung trat die *kaiserliche* Anschauung und Initiative ganz in den Vordergrund; die Notwendigkeit internationaler Regelung, zur Erhaltung der deutschen Konkurrenzfähigkeit, ward viel schärfer als in dem anfänglichen Entwurf hervorgehoben und überdies eine etwas sonderbare Bezugnahme auf die Verhandlungen der Arbeiter selber, auf die rote Internationale, beigefügt. Endlich beschränkte der Kanzler die Aufforderung, sich über ihre Geneigtheit für die Beschickung einer internationalen Konferenz auszusprechen, zunächst auf Frankreich, England, Belgien und die Schweiz:²⁾ dabei hatte sich das erste im Vorjahr gegenüber einer entsprechenden schweizerischen Anfrage völlig

¹⁾ Marschall, 6. Februar: « Als ausgemacht galt damals (am 31. Januar), dass der Herr Reichskanzler den ersten (an ihn selber gerichteten) Erlass, und Herr von Boetticher den zweiten Erlass (an den Handelsminister) kontrasignieren sollte. Im Laufe des Samstags (1. Januar) wurden die bezüglichen Entwürfe (im Auswärtigen Amt und im Reichsamt des Innern) . . . ausgearbeitet; während des Sonntags nahm sodann der Herr Reichskanzler persönlich ohne irgendeine Rücksprache die Umarbeitung der Entwürfe vor und unterbreitete dieselben am Montag (2. Februar) dem Kaiser. » Über die Unterredung mit diesem teilte B. seiner Umgebung nur mit, « dass über die Redaktion eine Einigung erzielt worden sei, eine Kontrasignierung der Erlasse jedoch nicht stattfinden werde; er hat weiterhin erzählt, dass die Frage seines Rücktritts von dem Amte als preußischer Ministerpräsident bis nach den Wahlen vertagt worden sei. » Das Übrige nach den *Gedanken und Erinnerungen*. Über die von Bismarck angebrachten Modifikationen vgl. das Folgende. Der Erlass an den Reichskanzler wurde von B. fast ganz umgearbeitet. Der Kaiser selber freilich fand die Weglassung der Kontrasignierung « unwesentlich » (Lucius, S. 515).

²⁾ Marschall, 6. Februar: « Von dem Reichskanzler eingefügt ist endlich die Aufforderung, zunächst Frankreich, England, Belgien und die Schweiz wegen ihrer Geneigtheit zur Beschickung der Konferenz zu befragen. Worauf sich die Beschränkung der vorläufigen Anfrage an diese vier Länder gründet, darüber fehlt es selbst im Auswärtigen Amt an jeder Erklärung. » Die Änderungen am zweiten Erlass seien geringer, aber zum Teil ebenfalls nicht ohne weiteres verständlich: der Satz, der ursprünglich nur von der Regelung der Frauen- und Kinderarbeit sprach, sei jetzt so allgemein gefasst, dass er auch den « Normalarbeitstag » in sich begreife. « Bedeutsam ist endlich die Änderung, dass die bezügliche Vorberatung nicht durch eine ad hoc zu bestellende Kommission, sondern durch den Staatsrat erfolgen soll. Wie der Staatsrat, der jetzt schon in die siebzig Personen zählt und noch durch Berufung weiterer Personen verstärkt werden soll, — wie eine so zahlreiche Körperschaft, ohne positive Vorschläge als Grundlage der Beratung zu haben, die schwierige Arbeiterfrage in dem umfassenden Sinne, wie sie hier gestellt ist, in fruchtbarer Weise ‚vorberaten‘ soll, ist mir einstweilen unerfindlich. »

kühl verhalten; das zweite machte die Beteiligung an der Konferenz von dem Ausschluss der Diskussion über die Beschränkung der Arbeitszeit, den sogenannten Normalarbeitstag, abhängig; das dritte bewies überhaupt keine Neigung, die Lage der Arbeiter auf gesetzlichem Wege zu bessern, und das vierte endlich stand seit einigen Tagen im Begriff, selber zu einer solchen internationalen Konferenz nach Bern, auf den 5. Mai 1890, einzuladen! Österreich-Ungarn und Italien aber, die der Sache freundlicher gesinnt waren, gedachte man gar nicht zu befragen! Kein Wunder, wenn der badische Gesandte, der Freiherr von Marschall, den Eindruck gewann, der Reichskanzler erwarte — man kann wohl hinzufügen — und wünsche — das Misslingen der kaiserlichen Aktion und habe eben deshalb die Kontrasignierung unterlassen. Seine Drohung nach Dresden, dass er die Einbringung des harmlosen, auf Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit beschränkten sächsischen Antrages mit seiner sofortigen Entlassung beantworten werde, während er den Kaiser nunmehr eine viel umfassendere Aktion unternehmen lasse, erlaube bei seiner prinzipiell ablehnenden Stellung zur Arbeiterschutzfrage keine andere Deutung, als dass er wohl von dem sächsischen Antrag, nicht aber von dem Vorgehen Seiner Majestät einen Erfolg erwarte. Noch vor drei Tagen (am 3. Februar; tatsächlich am 30. Januar) habe er an die sächsische Regierung eine dringende Note gerichtet, die Einbringung jedenfalls bis nach den Wahlen zu verschieben. Die Tatsache, dass die öffentliche Meinung die jüngsten Erlasse als einen Sieg des Kaisers ansehe, werde jedenfalls seine Empfindlichkeit und Rücksichtslosigkeit nur noch steigern.

Allein wenn Bismarck — da er das persönliche Vorhaben seines Monarchen nicht an der Wurzel abschneiden konnte — diesem gewissermaßen verstohlen die Zustimmung zur Heranziehung des Staatsrats und der Nachbarregierungen abgeloct hatte, so sollte er sich in der Rechnung auf solche Faktoren täuschen.¹⁾ Schon am 7. Februar musste er sich entschließen, die vorläufige Anfrage wegen Geneigtheit zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz an *alle* europäischen Staaten

¹⁾ *Gedanken und Erinnerungen.*

zu richten;¹⁾ und als er am folgenden Tage dem Kaiser über die demnächstige Berufung des Staatsrats Vortrag hielt und äußerte: « Ich fürchte, dass ich Ew. Majestät im Wege bin », bejahte dieser durch sein Schweigen. Der Kanzler, im Innern selbstverständlich tief verletzt, entwickelte deshalb die schon früher gelegentlich ausgesprochene Absicht, auf den 20. Februar, den Wahltag, von seinen preußischen Ämtern zurückzutreten und nur das selbst von seinen Gegnern empfohlene « Altenteil des Auswärtigen » behalten zu wollen, um das Kapital von Vertrauen und Erfahrung, das er im In- und Ausland erworben, auch fernerhin nutzbar zu machen. Der Kaiser, der hoffte, wenigstens die sozialen Angelegenheiten glatter durchbringen zu können, nickte zustimmend, und Bismarck machte schon am folgenden Tage dem Staatsministerium entsprechende Mitteilung: er sprach die Absicht aus, zwar Reichskanzler zu bleiben, aber auch die inneren Reichsangelegenheiten abzugeben.²⁾ Eine über die Modalitäten geführte kurze Diskussion führte zu keinem Ergebnis; der Rücktritt auf den 20. Februar wurde, wie schon dem Kaiser gegenüber, mit der Motivierung begründet, ein früheres Ausscheiden könne möglicherweise die Wahlen beeinflussen, ein späteres aber als ihre Folge erscheinen. Im weiteren Verlauf der Sitzung setzte man lediglich noch das Datum für die Einberufung des Staatsrats fest und bezeichnete die neu zu berufenden Mitglieder. Man überlegte die Art und Weise seines Vorgehens und nahm die feierliche Eröffnung durch eine Rede Wilhelms II. in Aussicht³⁾ — während Bismarck am folgenden Tage (10. Februar) dem zu ihm berufenen Grafen Lerchenfeld erklärte: es liege ihm daran, dass die verbündeten Regierungen erführen, warum die beiden kaiserlichen Erlasse entgegen der bisherigen Übung ohne vorherige Füh-

¹⁾ Marschall, 9. Februar.

²⁾ Marschall, 9. Februar.

³⁾ Marschall, 11. Februar. Lucius, S. 514—516: «Der Fürst machte einen gedrückten Eindruck, als fühle er sich plötzlich abgetakelt. . . Dass wir diese Lösung billigten, war ihm nicht recht, obschon es die einzig mögliche scheint, um einen gänzlichen Bruch zu verhüten . . . Er wolle dem preußischen Ministerium so fremd werden, wie dem bayrischen oder württembergischen und behalte sich vor, auch durch die Reichstür ganz abzugehen, wenn sich die Verhältnisse als nicht erträglich erweisen würden.» Die Erzählung steht bei Boetticher, S. 60 ff., in ganz irrigem Zusammenhang.

lungnahme mit ihnen ergangen seien.¹⁾ Der Kaiser habe ihn, als er nach Berlin gekommen sei, gedrängt, auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung voranzugehen, und er, obwohl prinzipieller Gegner, des Friedens willen nachgegeben; die Sache sei aber mit solcher Eile vor sich gegangen, dass eine vorherige Mitteilung an die Regierungen unmöglich gewesen sei — übrigens werde auch bei der ganzen Sache nichts herauskommen. Er bäte den Grafen Lerchenfeld, in diesem Sinne seine Kollegen zu unterrichten.

Der Reichskanzler eröffnete dem bayerischen Gesandten gleichzeitig seine Absicht, aus dem preußischen Ministerium auszutreten und sich auf sein Kanzleramt zurückzuziehen. Lerchenfeld aber entwickelte ihm darauf — wie schon früher gegenüber Herbert Bismarck — seine Bedenken: er meinte, der Kanzler werde, zumal wenn er auch auf das preußische Ministerium des Auswärtigen verzichte, das ressortmäßig die Abgabe der preußischen Stimmen im Bundesrat vermittele, in die peinliche Lage kommen, alle preußischen Voten erst, nachdem sie festgestellt seien, zu erhalten, so dass er sie unter Umständen gegen seine innere Überzeugung werde abgeben müssen — worauf der Fürst sich in einer Reihe von Klagen über die Situation erging und naturgemäß auch die Personen, in erster Linie Boetticher und den Kriegsminister Verdy, nicht schonte.²⁾ Die Wahrnehmung, die er am 9. Februar gemacht zu haben glaubte, dass die Minister sein Ausscheiden keineswegs bedauerten, mochte ihre Wirkung bei ihm schon getan haben; gleichzeitig traten ihm die Konsequenzen der geplanten Lösung deutlicher ins Bewusstsein, und vor allem bäumten die alten Machtinstinkte gegen einen solchen Verzicht sich auf: 28 Jahre hatte er nun unter den schwierigsten Verhältnissen die allein verantwortliche

¹⁾ Lerchenfeld hatte sich bei Herbert Bismarck über dieses Vorgehen beschwert (Hohenthals Bericht vom 11. Februar und Lerchenfelds Schreiben vom 8. und 10.). Er machte übrigens schon damals auf die Aktion der Schweiz aufmerksam.

²⁾ Siehe den ausführlichen Bericht Lerchenfelds vom 10. Februar, mit zahlreichen weiteren Einzelheiten: Bismarck erklärt u. a., der Kaiser werde das ihm von Wilhelm I. hinterlassene Kapital an monarchischer Autorität aufzehren. Der Rücktritt aus den preußischen Ämtern falle ihm, dem Kanzler, schwer; er sehe aber sonst den Bruch voraus usw. Seine künftige Stellung schien ihm selbst noch nicht klar zu sein. Lerchenfeld bemühte sich umsonst, des Kanzlers Misstrauen gegen Boetticher zu bekämpfen, s. seinen Bericht vom 12. Februar: er ist durch des Kanzlers Sinnesänderung, auch in den preußischen Ämtern zu bleiben (s. das Folgende), wie alle andern vollkommen überrascht (12., 19., 24. Februar). Boetticher, S. 62 ff.

Gewalt ausgeübt, und jetzt sollte er diese Stellung selber verkrüppeln! Schon am Nachmittag des 11. Februar berief er infolgedessen seinen Stellvertreter Boetticher — der sich nach jenem Ministerrat bereits über seinen künftigen Hofrang bei ihm erkundigt hatte — und erklärte ihm, dass er unter keinen Umständen aus dem preußischen Staatsministerium austreten werde: er sei vollkommen gesund und bedanke sich dafür, lebendig begraben zu werden. Er werde niemals die Stellung annehmen, dass Boetticher als preußischer Ministerpräsident im Bundesrat neben ihm sitze und ihm befehle, wie er zu votieren habe. Kein einziger Minister habe neulich im Ministerrat gegen seinen Rücktritt Widerspruch erhoben; da der Kaiser nichts mehr von ihm wissen wolle, liefen sie jetzt diesem nach usw. Gleichzeitig machte er Boetticher persönliche Vorwürfe; er hielt ihm eine seiner Reichstagsreden, sowie einen Eingriff in die Kompetenz des Reichskanzlers vor, und anderes — worauf Boetticher erklärte: die Stellung eines preußischen Ministerpräsidenten erstrebe er wahrhaftig nicht, da er wohl wisse, dass er nicht nebenbei noch Staatssekretär des Innern und als solcher Untergebener des Reichskanzlers bleiben könne; denn gerade die mit diesem Amt verbundenen sozialpolitischen Aufgaben seien ihm so sehr als Herz gewachsen, dass es ihm aufs höchste widerstrebe, sie aufzugeben, um Ministerpräsident ohne Portefeuille zu werden. Die ganze Unterredung muss den Charakter vulkanischer Heftigkeit gehabt haben, da Marschall sich scheut, über weitere ihm erzählte Einzelheiten schriftlich zu berichten.¹⁾

Inzwischen hatte der Kaiser — dem Bismarck am 8. Februar übrigens den General v. Caprivi als seinen Nachfolger in den preußischen Staatsämtern nannte — bereits Schritte zur Ausschaltung der schweizerischen Konkurrenz in der Arbeiterschutzangelegenheit getan. Noch am selben Tag, dem 8. Februar, zog er den schweizerischen Gesandten Dr. Roth zur Mittagstafel und erklärte ihm vor Tisch: er bedauere, zu

¹⁾ Marschall, 11. Februar. Boettichers eigene (spätere) Aufzeichnungen (Eppstein, S. 53 ff.) lauten sehr zurückhaltend und schonend. Bismarck wünschte dann von Boetticher, durch Vermittlung Rottenburgs, er möge selber dem Kaiser erklären, dass er nicht Ministerpräsident werden wolle, was Boetticher ablehnte. Damit ist die chronologisch falsch eingeordnete Erzählung S. 63 ff. zu verbinden. Lucius, S. 518/19.

hören, dass die Eidgenossenschaft schon zu einer internationalen Konferenz wegen der Arbeiterschutzfrage eingeladen habe, die deutsche Einladung also mit der schweizerischen konkurriere. Er hoffe aber nichtsdestoweniger, dass die beiden Länder in dieser Frage zusammengehen würden, da ihre Bestrebungen ja im Grundgedanken zusammenfielen. Des weitern sprach er sich in warmen Worten für die Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung im allgemeinen aus, zu deren internationaler Regelung die Eidgenossenschaft bereits im Vorjahr die dankenswerte Initiative ergriffen habe. Roth — der die für die deutsche Regierung bestimmte Einladung des Bundesrates am Abend des 5. Februar erhalten, dann weitere Instruktionen eingeholt und das Schriftstück, da inzwischen eine offizielle Mitteilung deutscherseits nicht erfolgt war, am 7. übergeben hatte — begleitete es zwar schon am 7. mit einer Note: die Aufforderung sei eine Konsequenz des vorjährigen Vorgehens der Schweiz; inzwischen habe der Bundesrat aus den Zeitungen von den kaiserlichen Erlassen Kenntnis genommen und mit Befriedigung gesehen, dass Deutschland im Prinzip mit der Schweiz einverstanden sei —, um so begründeter erscheine die Hoffnung, dass das Vorgehen der beiden Staaten zu einem praktischen Ziele führe. Die Situation war aber — trotzdem Herbert Bismarck dem Gesandten am 8. Februar erklärte, der Vertreter Deutschlands in Bern, Herr v. Bülow, werde wegen der formellen Frage Weisung erhalten — für beide Teile peinlich.¹⁾

Denn inzwischen hatte auch der Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler stets weitere Kreise gezogen: Graf Lerchenfeld teilte auftragsgemäß den Inhalt seiner Unterredung mit dem Fürsten den sämtlichen Bundestagsgesandten mit, und Bismarck selber scheint z. B. dem englischen Botschafter kein Hehl aus seinem Unwillen gemacht zu haben — wenigstens äußerte dieser einem andern Diplomaten das Erstaunen über das Vorgehen des Kaisers: « C'est extraordinaire de faire une démarche aussi importante sans conseiller le meilleur de ses serviteurs. » Gleichzeitig wurde übrigens auch in der Presse gegen die Erlasse

¹⁾ Marschall, 11. Februar. *Gedanken und Erinnerungen.*

Stimmung gemacht, mit der Tendenz, die Verantwortlichkeit vom Kanzler auf den Kaiser hinüberzuschieben. Und Bismarck strich in dem an die europäischen Staaten abgehenden Schreiben die konditionelle Fassung des Referenten bei der Frage einer Beschränkung der Arbeitszeit von Erwachsenen, um dafür den Normalarbeitstag als *positiven* Bestandteil des Konferenzprogrammes zu bezeichnen — in der unverkennbaren Hoffnung, damit die Weigerung Englands zu provozieren, das den Ausschluss dieser Angelegenheit im Vorjahr als *conditio sine qua non* für seine Teilnahme genannt hatte.¹⁾

Unterdessen war nun aber am 12. Februar in Bern die deutsche Note übergeben worden: da weder sie die analoge schweizerische Einladung erwähnte, noch Herr v. Bülow derselben mündlich irgendwie gedachte,²⁾ beabsichtigte der Bundesrat darauf zwar, die Bereitwilligkeit zur Teilnahme zu erklären, zugleich aber zu bitten, dass Deutschland auch die schweizerische Konferenz beschrifte, zumal dieser eine teilweise andere, jedenfalls begrenztere Aufgabe gestellt sei. Der dem Gesandten Roth bekundete Wunsch des Kaisers auf Verständigung war also durch die vom Auswärtigen Amt an Bülow gerichtete Instruktion vorläufig durchkreuzt — da der Eidgenossenschaft angesichts ihrer Priorität kaum zugemutet werden konnte, ohne einen dahingehenden amtlichen deutschen Schritt auf ihre Einladung zu verzichten. Während der Reichskanzler nun die Aufgabe der Konferenz durch nachträgliche Einbeziehung der Arbeitsverhältnisse in den Kohlenbergwerken für Frankreich, Belgien und England vollends unannehmbar zu machen strebte, äußerte der Kaiser seinerseits die Absicht, den Normalarbeitstag, entgegen dem Einladungsschreiben, nicht zur Beratung zu stellen, und befahl er dem Auswärtigen Amt, das ihm bisher vorenthaltene schweizerische Diskussionsprogramm zu senden.

¹⁾ Marschall, 12. Februar.

²⁾ Die *Erinnerungen* Phil. Eulenburgs (S. 232) sagen: «Die Partie des Kaisers war in um so grösserer Gefahr, als der Kanzler den deutschen Gesandten in der Schweiz, Otto v. Bülow, in jenen Tagen durch unerhört scharfe Erlasse, die ich zu meinem größten Erstaunen selbst auf dem Auswärtigen Amte las, brüskierte. Dieser, ein von seiner Stellung abhängiger Mann, der des Kanzlers Stimmung gegen die Schweiz seit den Vorgängen des vergangenen Jahres kannte, konnte unter solchen Umständen nicht wagen, die geringsten Freundlichkeiten gegenüber dem Bundesrat in Bern zu äussern...»

Seine Eröffnungsrede im Staatsrat, am 14. Februar,¹⁾ machte in ihrer Mäßigung den Eindruck, als strebe er die angeregten Fragen aus dem Gebiet der abstrakten Grundsätze auf einen konkreten Boden hinüberzuführen und ein maßvolles Vorgehen in Aussicht zu stellen²⁾ — wodurch in der Öffentlichkeit der völlig irrtümliche Eindruck entstand, er habe dem mäßigenden Rate des Kanzlers nachgegeben — während tatsächlich jene schwungvollen, die weitesten Ziele ins Auge fassenden Erlasse von Bismarck und die Rede vom Kaiser, ohne jede Mitwirkung des Reichskanzlers, ausgearbeitet worden waren — der vielmehr die Prüfung mit Worten abgelehnt hatte, die, in höflicher Umschreibung, ungefähr bedeuteten, er wolle von diesen Dingen überhaupt nichts mehr wissen (« wörtlich ist die Äußerung nicht wohl zu zitieren »). Bereits äußerte Wilhelm etwa gegenüber einem Vertrauten: der Normalarbeitstag sei ihm als Prügel zwischen die Füße geworfen worden; er wisse genau, dass man seine Intentionen auf alle mögliche Weise durchkreuzen wolle. Bismarck aber hatte ihm inzwischen am 12. Februar die Verschiebung seines ursprünglich auf den 20. des Monats in Aussicht genommenen Rücktritts bis nach Erledigung der vom Kaiser gewünschten Militärvorlagen und des Sozialistengesetzes im Reichstag, d. h. etwa auf den Mai oder Juni vorgeschlagen — worauf der Monarch, sichtlich unangenehm berührt, lediglich erwiderte: « Dann bleibt also einstweilen alles beim alten ».³⁾

Inzwischen war nun am 17. Februar die schweizerische Antwort in Berlin eingetroffen: sie bestätigte den Empfang der deutschen Einladung, sprach die Befriedigung über die Gemein-

¹⁾ Gedruckt bei Eppstein, S. 173 ff.

²⁾ Marschall, 15. Februar. S. auch Lucius, S. 516.

³⁾ Marschall, 17. Februar, *Gedanken und Erinnerungen*. S. auch Lucius, S. 517/18: der Appell an die öffentliche Meinung habe nicht den geringsten Widerhall zu Bismarcks Gunsten gefunden. Der Kaiser sagte dem Handelsminister v. Berlepsch: wenn Bismarck nicht jetzt ginge, würde es in wenig Wochen zu neuen und unheilbaren Konflikten kommen. Berlepsch fügt hinzu, Bismarck wolle jetzt gar nicht oder gänzlich abgehen; er lasse Inventarien aufnehmen und habe eine Pensionsberechnung aufstellen lassen. Umsonst legte der Fürst Pless Vater und Sohn die Lösung nahe, dass Bismarck Kanzler bleiben und die Leitung des Auswärtigen behalten, Herbert aber einen Botschafterposten übernehmen möge. Pless hatte den Eindruck, Bismarck wolle gar nicht ernstlich gehen, sondern im Besitz des Ganzen bleiben. Boetticher erklärte Lucius, der Kanzler habe durch seinen Gesinnungswechsel den Kaiser höchlich befremdet: dieser habe sich allerdings gefügt, aber jedes Vertrauen verloren usw. Auch die Söhne suchten ihn umsonst zum Rücktritt zu bewegen. (Lucius, S. 518; und Rottenburg, S. 90.)

samkeit der Ziele und den Wunsch aus, dass eine Verständigung über gemeinsames Vorgehen erreicht werde; zugleich äusserte der Bundesrat die Hoffnung, das Zusammentreffen der beiden Initiativen werde Deutschland nicht abhalten, seine Einladung anzunehmen. Vertraulich teilte der Vorsteher des Politischen Departements, Numa Droz, dem Gesandten freilich mit, der Bunderat werde gern eine Verständigung suchen, eventuell sogar auf die Einladung verzichten, müsse aber verlangen, dass man zuvor deutscherseits einen solchen Wunsch kundgebe, was bisher nicht geschehen sei.

Am selben Tag erklärte dann der Kaiser dem badischen Gesandten Marschall, den er mit dem Grafen Philipp Eulenburg zur Mittagstafel gezogen hatte, er wolle im Staatsrat zunächst nur Entwürfe über die Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit feststellen und sie unabhängig vom Ergebnis der auf Mitte März vorgesehenen internationalen Konferenz dem Reichstag vorlegen lassen; der Maximalarbeitstag solle nicht behandelt und die Prüfung der weiteren Fragen hinausgeschoben, jedenfalls nicht überstürzt werden. Im übrigen habe er dem Staatssekretär Herbert Bismarck kategorisch befohlen, sich mit Roth wegen einer Verständigung ins Einvernehmen zu setzen. Ein praktisches Resultat erwarte er von der Konferenz allerdings nicht und sei auf den latenten oder offenen Widerstand des Reichskanzlers gefasst; er werde sich aber in seiner Pflicht nicht irre machen lassen: ob die Wahlen gut oder schlecht ausfielen, sei für ihn in dieser Frage nicht maßgebend.

Am gleichen 17. Februar erklärte denn auch Herbert Bismarck dem schweizerischen Gesandten, der Kaiser habe ihn beauftragt, seinen Wunsch auszusprechen, dass über die beiderseits angeregte Konferenz eine Verständigung gefunden werde. Seine Majestät glaube, die Berliner Beratung könne schon Mitte März stattfinden. Da ein gleichzeitiges Gehen bei der Identität der Ziele nicht wohl möglich sei, so stelle der Kaiser der Eidgenossenschaft anheim, ob sie nicht zugunsten der deutschen Konferenz verzichten oder die ihrige auf einen späteren Termin verschieben wolle. Roth nahm nun diese Mitteilung ad referendum, bat aber den Grafen um seine Intervention, dass auch die österreichische und italienische

Regierung zu Bern in diesem Sinn einträten, da der österreichische Außenminister bereits erklärt hatte, sich durch seine frühere Zusage an die Schweiz für gebunden zu fühlen — während Frankreich dahin wirke, « de maintenir à tout prix l'invitation.»¹⁾

Der Gegenschlag des Reichskanzlers ließ indes nicht auf sich warten. Schon am Nachmittag des 18. Februar ließ der Fürst den Gesandten Roth zu einstündiger Unterredung rufen und sprach ihm zunächst scharf seine prinzipielle Gegnerschaft in der Frage jeder Beschränkung der Arbeitsverwendung aus: man nenne das „Arbeiterschutz“; er nenne es „Arbeiterzwang“, der die ökonomische Lage des Einzelnen nur verschlechtere. Was die Konferenz angehe, so befinde sich die Schweiz in einem Irrtum, wenn sie glaube, dass es sich um eine diplomatische handle; sie sei deutscherseits lediglich als eine technische aufgefasst, und das Auswärtige Amt werde sich an den Beratungen gar nicht beteiligen — vielmehr würden nur technische Beiräte aus dem Handels- und Arbeitsministerium als Vertreter bestellt werden, und in gleicher Weise solle auch die Vertretung der deutschen Bundesregierungen geordnet werden. Es handle sich bei der Konferenz eigentlich nur um die „Kohlenfrage“, d. h. um den Versuch einer internationalen Vereinbarung zur Verhinderung von Streiks der Kohlenbergarbeiter, wie sie im letzten Jahre mehrfach stattgefunden hätten: Alles, was sonst in den kaiserlichen Erlassen behandelt werde, sei Nebensache. Darum habe ursprünglich die Absicht bestanden, nur England, Frankreich und Belgien einzuladen; später sei auch die Einladung der Schweiz beschlossen worden, die stets ein lebhaftes Interesse für Arbeiterfragen bekundet habe. Die Kohlenfrage sei brennend, da möglicherweise im Mai schon wieder Ausstände vorkommen könnten: aus diesem Grunde sei die hiesige Konferenz bereits für Mitte März in Aussicht genommen. *Seines Erachtens könnten deshalb die deutsche und die schweizerische Konferenz sehr wohl nebeneinander bestehen; nur die Zeitfrage bedürfe einer Lösung. Er glaube, dass die Schweiz gar nicht nötig habe, auf ihre Konferenz zu*

¹⁾ Marschall, 17. Februar.

verzichten, sondern dass es genüge, wenn sie diese auf Juni oder Juli verschiebe, auf eine Zeit also, wo jedermann gern in die Schweiz gehe.

Roth aber, für den die Differenzen zwischen Kaiser und Kanzler kein Geheimnis sein konnten, entgegnete darauf, dass ihm den Tag zuvor Graf Herbert Bismarck den Wunsch Seiner Majestät ausgesprochen habe, die Schweiz möge entweder auf ihre Konferenz verzichten oder sie auf unbestimmte Zeit verschieben. Er sei auch bereits in Bern lebhaft dafür eingetreten, dass dem kaiserlichen Wunsche Rechnung getragen werde, zumal er die Verschiebung auf unbestimmte Zeit auch aus praktischen Gründen für ratsam erachte: man könne ja im voraus gar nicht wissen, wie lange die hiesige Konferenz tagen werde.

Der Reichskanzler, durch diese geschickte Diversion mattgesetzt — da er dem Kaiser offene Opposition ja nicht machen konnte — lenkte darauf ein und erwiderte, er könne sich auch mit der Vertagung der schweizerischen Konferenz auf unbestimmte Zeit einverstanden erklären; er sei ein treuer Diener seines Herrn — wie lange noch, wisse er nicht — und wolle ihm gern glatte Bahn machen, obgleich er in dieser Frage gegenteiliger Ansicht sei. Auf Roths Frage erwiderte er dann noch: Österreich-Ungarn nehme die deutsche Einladung an, wenn auch ungern, da es sich an seine Zusage in Bern gebunden erachte. Italien wolle nach Berlin *und* Bern gehen. England habe unter dem früheren Vorbehalt (keine Beschränkung der Arbeitszeit Erwachsener) angenommen; von ihm sei nichts zu erwarten, da es jeder Bindung seiner Produktionskraft abgeneigt sei; auch habe es von den letztjährigen Kohlenstreiks großen Vorteil gezogen. In Frankreich errege der angebliche diplomatische Charakter der Konferenz Bedenken; er habe deshalb den Botschafter Herbette bereits über diesen Irrtum aufgeklärt.¹⁾ Die andern Staaten hätten angenommen, und Russland und Spanien seien nicht eingeladen.

¹⁾ Dass er Herbette bereits am 10. Februar zu bestimmen suchte, gegen die Konferenz Stellung zu nehmen, ergibt sich aus Ernest Daudet: *Les dernières années de la dictature de Bismarck*. *Revue des deux mondes*, 1915, Bd. 30 S. 332 ff.). Ähnlich, wie es scheint, auch beim italienischen Botschafter, vgl. Eulenburg.

Roth telegraphierte darauf den Inhalt dieser Unterredung nach Bern, mit dem Beifügen, er habe den Eindruck tiefgehender Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und Kanzler und nehme nicht an, dass dieser ernstlich an die Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens beider Konferenzen glaube. Privatim äußerte er überdies zu Marschall, Bismarck habe ihn bewegen wollen, in einem dem am Tage vorher ausgesprochenen kaiserlichen Wunsch entgegengesetzten Sinne in Bern einzuwirken; erst nachdem er dies unter Hinweis auf die Besprechung mit seinem Sohne abgelehnt, habe der Reichskanzler nachgegeben.¹⁾

An seinen telegraphischen Bericht anschließend, legte er infolgedessen dem Departementsvorsteher, Numa Droz, in einem Schreiben die gebieterische Notwendigkeit für die Schweiz dar, sich durch die Äußerungen des Kanzlers nicht irre machen zu lassen, sondern dem Willen des Kaisers zu entsprechen.

Denn in Bern, wo Bülow gleichzeitig nach den Instruktionen des Auswärtigen Amtes unterhandelte, durchschaute man die verworrene Sachlage nicht und instruierte den Gesandten am Nachmittag des 20. Februar: er möge Herbert Bismarck erklären, der Bundesrat freue sich, mit dem Fürsten Bismarck darin übereinzustimmen, dass die beiden Konferenzen nebeneinander tagen könnten — dies sei um so mehr der Fall, als die deutsche Konferenz sich auf dem begrenzten Gebiete des Kohlenbergbaues bewege, während die schweizerische sich auf die ganze Industrie beziehe und Fragen behandle, die der Kanzler als Nebensache bezeichne. Der Bundesrat glaube daher, einerseits die deutsche Aufforderung annehmen, andererseits auf seiner Einladung zum 5. Mai beharren zu können. Und der Gesandte v. Bülow telegraphierte am Abend desselben Tages als Ergebnis seiner Unterredung mit Numa Droz, dass die Schweiz zu ihrem Bedauern sich in der Unmöglichkeit befinde, dem Wunsche des Kaisers nachzukommen!

In dieser peinlichen Lage beschloss Roth nun zwar keineswegs, wie der Kaiser nachher erklärte,²⁾ zu demissio-

¹⁾ Marschall, 19. Februar; Lucius S. 519.

²⁾ Sein Schreiben an Kaiser Franz Josef, 3. April 1890, nach Bismarcks Entlassung (*Oesterr Rundschau* 1919): «Er versuchte zunächst einzelne Diplomaten hinter meinem Rücken zu bestim-

nieren, resp. den Bundesrat durch Demissionsdrohungen zum Nachgeben zu nötigen, wohl aber, sofort nach Bern zu reisen und seiner Behörde mündliche Vorstellungen zu machen. Die Ankündigung seines Vorhabens, sowie der inzwischen in Bern eingetroffene briefliche Bericht brachten indes schon vorher die Wendung: am 21. Februar erhielt er die Weisung, dem Staatssekretär Grafen Bismarck mitzuteilen, dass der Bundesrat, um Wilhelm II. und der deutschen Regierung einen Beweis freundschaftlicher Gesinnung zu geben, beschlossen habe, dem ihm ausgedrückten kaiserlichen Wunsche nachzukommen und die Einladungen zur schweizerischen Konferenz zurückzunehmen; nur bitte man, diesen Wunsch amtlich, in Form einer Note kundzutun — was Herbert Bismarck zusagte.¹⁾

Der Kaiser berief auf diese Nachricht Roth denn auch am 22. sofort zu sich, bat ihn, dem Bundesrat mitzuteilen, er sei ihm herzlich dankbar für das Entgegenkommen, das er ihm in einer schwierigen Situation bewiesen habe, und werde der Schweiz den ihm geleisteten Dienst nie vergessen. Als persönliche Anerkennung überreichte er Roth seine Photographie mit eigenhändiger Unterschrift und zog ihn zur kaiserlichen Tafel.²⁾

men, nach Hause gegen die Konferenz zu berichten, und schließlich versuchte er den Schweizer zu bereden, die Berner Regierung zu ersuchen, ihre Konferenz nicht zu meinen Gunsten aufzugeben, damit meine Konferenz durchfallen möge. Der Schweizer, ein braver, ehrlicher Kerl, der zufälligerweise ein guter Bekannter von mir ist, empört über ein solch heimtückisches, unpatriotisches Benehmen gegen den deutschen Kaiser, telegraphierte umgehend an die Berner Regierung: wenn binnen 12 Stunden nicht die offizielle Absage der Schweizer Konferenz in seinen Händen sei, dann nähme er seinen Abschied; aber er werde auch sagen warum. Am anderen Morgen war die gewünschte Anzeige da, und meine Konferenz war gerettet! » Diese kaiserliche Version ist denn auch in die Erinnerungen des Fürsten Eulenburg übergegangen, der am 21. Februar Roth einen Wink gegeben haben will, die Schweiz sei nie in günstigerer Lage gewesen, die Sympathien des Kaisers zu erwerben. Daraufhin habe der Gesandte nach Bern telegraphiert. Roths Stellungnahme war indes schon am 18. Februar entschieden.

¹⁾ Marschall 21. Februar.

²⁾ Marschall, 23. Februar. S. auch seine Äusserungen zu Waldersee am 21. Febr. (dessen Erinnerungen II. S. 105): er sei völlig überzeugt, dass der Kanzler mit der größten Dreistigkeit in der Arbeiterfrage gegen ihn arbeite. Auf eine event. Frage, ob Waldersee als Nachfolger in Aussicht genommen sei, würde der Kaiser geantwortet haben: „Der ist mir viel zu schade dafür.“ (!!) Der Kaiser sagte ferner: „Er hat gehen wollen und dann am nächsten Tage sein Gesuch wieder zurückgezogen. Solches Spielen lasse ich mir nicht gefallen; jetzt werde ich den Termin bestimmen, zu dem er gehen soll, und zunächst muss er noch etwas warten. Sein Unglück ist seine maßlose Herrschsucht. Er hat ja allmählich alles untergekriegt und ist verwöhnt; bei mir ist er nun einmal an den Falschen gekommen.“ Im Staatsrat erklärte er u. a.: „Was die Bekämpfung der Sozialdemokratie anlangt, so ist das meine eigene Sache“ (S. 108) etc. Dabei suchte er den Anschein eines ungetrübten Verhältnisses wenigstens für die Fernerstehenden festzuhalten und sagte gelegentlich: „Ich halte es für zweckmäßig, ihn zunächst noch zu behalten, und tue so, als bemerke ich seine Schlechtigkeiten gegen mich nicht. Ich werde auch nächstens wieder bei ihm essen, damit die Menschen denken, wir seien auf gutem Fuße“ (S. 113/14).

Am 25. Februar kam es nun zwar zwischen Wilhelm II. und dem Fürsten noch einmal zu notdürftiger Verständigung: unter Hinweis auf die inzwischen erfolgten Wahlen erklärte sich der Kanzler zur Einstellung seines aktiven Widerstandes gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung bereit, unter der Bedingung, dass der Kaiser, für den Fall des Eintretens der von ihm befürchteten Folgen, Gewalt anwenden und schießen lasse. Wilhelm habe das, wie Marschall erfuhr, als selbstverständlich bezeichnet und bemerkt, der Fürst werde doch nicht glauben, dass er wie Friedrich Wilhelm IV. handeln würde — worauf der Reichskanzler erwiderte: „Nein, aber ich fürchte, dass Euere Majestät ein Louis Philipp werden würden.“¹⁾

Die Beruhigung war indes nur scheinbar. Während Bismarck dem Kaiser die Notwendigkeit seines vorläufigen Bleibens, wegen der sozialistischen Gefahr, abermals betonte und dieser sich zu seiner Umgebung äußerte: er wünsche nur, dass der Kanzler ihm noch mehr den Eindruck bereite, er regiere allein, und alle Maßregeln gingen von ihm aus — überschüttete der Fürst Boetticher am 26. Februar mit den heftigsten Vorwürfen; er sprach von der Arbeiterschutzfrage in den ungebärdigsten Ausdrücken und hielt sich während der Staatsratssitzung in verstimmtem Schweigen zurück.²⁾ Bei dem von Boetticher danach gegebenen Frühstück war er so einsilbig, dass der Kaiser diesen fragte, was der Kanzler denn wieder habe, da die Sache doch am Tage vorher geordnet worden sei. Nachher kehrte er in die Sitzung überhaupt nicht mehr zurück, sondern blieb längere Zeit bei Frau v. Boetticher, der er wiederholt — wie nachher den Beamten des Auswärtigen Amtes — erklärte, er werde im April oder Mai von den Geschäften zurücktreten. Nachdem er schon früher seinen heftigen Unwillen ausgesprochen hatte, dass das im Handelsministerium fertig gestellte

¹⁾ Marschall, 27. Februar. Lerchenfeld, 28. Februar. Vgl. damit *Gedanken und Erinnerungen*. Damit im wesentlichen übereinstimmend auch der Brief des Grafen August Eulenburg an Phil. Eulenburg, vom 26. Februar (in dessen *Erinnerungen*, S. 293/94). Vgl. über diese ganze Periode Schüssler, S. 132 ff. Rottenburg, S. 84. Waldersee II S. 106/7.

²⁾ Sein Groll kommt in Kap. 6 der *Gedanken und Erinnerungen* zu ungehemmtem Ausdruck. S. auch Lerchenfeld, 28. Februar. Boetticher, S. 55 ff: seine einzige Äußerung war die Erklärung, die Minister würden nicht stimmen, um ihr Votum im Staatsministerium nicht zu präjudizieren — worauf der Kaiser nachher Boetticher fragte: was er damit wolle; welchen Knüttel er damit auswerfe? (Lucius, S. 518).

Programm für die internationale Konferenz dem Kaiser ohne seine vorherige Genehmigung mitgeteilt worden sei, erließ er nun an die Staatssekretäre der Reichsämtler den Befehl, dass von jetzt ab alle an den Monarchen gerichteten Immediatberichte, sowie die an den Bundesrat und den Reichstag gehenden Mitteilungen ihm zur Unterschrift vorgelegt werden müssten — was nicht nur eine enorme Geschäftsvermehrung, sondern auch eine außerordentliche Erschwerung für den Gang der ganzen Angelegenheiten bedeutete.

Während der Staatsrat nun seine mit den Reichstagsbeschlüssen in der Hauptsache zusammentreffenden Vorschläge bereinigte,¹⁾ sollte auf Befehl des Kaisers jetzt sofort ein Gesetzesentwurf über Arbeiterschutz als preußische Vorlage ausgearbeitet werden, mit Beschränkung auf die Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit. Bereits aber erhob der Kanzler, der den weiteren Sitzungen gar nicht mehr beigewohnt hatte, Widerspruch: in einem Immediatbericht verlangte er, dass eine solche Vorlage erst nach Abschluss der Konferenzberatungen an die gesetzgebenden Faktoren gelangen könne.²⁾ Seine Behandlung Boettichers blieb andauernd beleidigend³⁾ — während Wilhelm diesem demonstrativ den Schwarzen Adlerorden verlieh. Als der König von Sachsen dem Kaiser den Entwurf des sächsischen Antrags über den Arbeiterschutz übersandte, mit der Bitte um Mitteilung, ob und wann die Einbringung im Bundesrat gewünscht sei, ließ Bismarck am Vormittag des 3. März den Grafen Hohenthal rufen und erklärte ihm: nach § 15 der Reichsverfassung stehe der Vorsitz im Bundesrat und die Leitung der Geschäfte dem Reichs-

¹⁾ Marschall, 27. Februar. Lerchenfeld, 28. Februar: Die Frage des Normalarbeitstages sei grundsätzlich ausgeschlossen geblieben, und zwar auf Verlangen des Kaisers, während Bismarck jetzt die Ansicht verlauten lasse, die Festsetzung des Normalarbeitstages sei noch der einzige vernünftige Gedanke des ganzen Programms. Hätte er, statt ablehnend zu schweigen, versucht, auf die Beschlüsse mäßigend einzuwirken, so wäre es ihm ein leichtes gewesen, alle zu weitgehenden Neigungen zu ersticken, was gerade die seiner Meinung anhangenden Mitglieder des Staatsrates erwarteten. Klagen über die beständigen Schwankungen des Kanzlers, seine Gereiztheit und Neigung, allem zu widersprechen, so dass man selbst unter seinen Anhängern zweifle, ob er bei seinem durch das Alter noch verschärften Naturell unter den gegebenen Verhältnissen imstande sei, an der Spitze der Geschäfte zu bleiben. Am 1. März bezeichnet Lerchenfeld die Beschlüsse der Staatsrats als durchaus gemäßigt und selbst für Bismarck, falls er überhaupt wollte, annehmbar.

²⁾ Weitere Einzelheiten bei Marschall, 1. März.

³⁾ S. auch Lerchenfeld, 4. und 9. März: der Erlass an die Staatssekretäre richte sich nur gegen Boetticher.

kanzler zu; mit dieser Bestimmung stehe es im Widerspruch, dass der sächsische Entwurf dem Kaiser und Herrn von Boetticher, nicht aber ihm mitgeteilt worden sei. Auf die Bemerkung des Grafen, dass derartige Mitteilungen bisher immer an Boetticher gegangen seien, entgegnete der Fürst, die Dinge müssten eben von nun an anders gehen: früher habe er Vertrauen zu Herrn von Boetticher gehabt, es aber jetzt verloren. Er werde daher nunmehr, entsprechend der Reichsverfassung und der ihm nach dem Stellvertretungsgesetz zustehenden Befugnis alle Geschäfte des Reichskanzlers an sich ziehen, auch künftig den Bundesrat präsidieren und event. an den Ausschussberatungen teilnehmen. Was den sächsischen Antrag betreffe, so sei es ihm jetzt, nachdem der Schaden geschehen, gleichgültig, ob er im Bundesrat eingebracht werde oder nicht: Er habe früher gehofft, den Kaiser umzustimmen; dies sei ihm aber nicht gelungen. Außerdem erging er sich wieder in der abfälligsten Kritik des Arbeiterschutzes, sowie der dafür sich interessierenden Personen und bemerkte schließlich, der Kaiser sei entschieden gegen Einbringung des Sozialistengesetzes; er selber aber hege die Ansicht, dass dieses durchaus nötig sei.¹⁾

Schon am 2. März hatte er übrigens im preußischen Minister-
rat erklärt, dass er das Präsidium mit Rücksicht auf den Aus-
fall der Wahlen nicht niederlegen werde. Da ferner gegen-
wärtig eine einheitliche Leitung der Geschäfte mehr als je
notwendig sei, müsse er verlangen, dass entsprechend einer
Kabinettsordre von 1852 alle von den einzelnen Ressorts an
den König zu erstattenden Immediatsberichte zunächst ihm
vorzulegen seien, auch die Minister, wenn sie dem König
mündlich Vortrag erstatten wollten, zuvor ihn als Minister-

¹⁾ Hohenthal, Marschall, Lerchenfeld, 4. März. Die Unterredung brachte u. a. auch heftige Ausfälle gegen den Kaiser, der das Bedürfnis nach körperlichem und physischem Hurrahschreien habe, aber bei den besitzenden Klassen keineswegs populär sei: das habe er sich verschertzt durch die Parteinahme für die Arbeiter bei den Streiks des Vorjahres und durch die Erlasse vom 4. Februar. Nach seiner Auffassung sei die Zeit nicht mehr fern, wo auch auf die Armee kein Verlass mehr sei, und dann werde das Schicksal Deutschlands besiegelt sein usw. Er könne nicht zugeben, dass man ihn bereits vor seinem Tode in den Sarg lege u. a. Übrigens suchte er hinter dem sozialpolitischen Eifer des Kaisers gelegentlich auch die Hand seiner alten Feindin, der Kaiserin Friedrich, die zwischen ihrem Sohn und seinem ersten Ratgeber Zwietracht säen wolle. (Lerchenfeld, 5. März.)

präsidenten benachrichtigten, damit er eventuell dem Vortrag beiwohnen könne. Ferner teilte er — im Widerspruch zu den Tatsachen — mit, es sei der spezielle Wunsch des Kaisers, dass ein durch Aufnahme der Expatriierungsbefugnis und der Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts für Agitatoren verschärftes Sozialistengesetz dem Reichstag vorgelegt werde — was der Ministerrat beschloss.¹⁾ Gleichzeitig hatte der Kanzler ihm ja auch angekündigt, Seine Majestät sei entschlossen, die Situation zu akzeptieren und zu fechten. Das Ministerium würde eventuell dazu rekonstruiert werden müssen: er selber werde sein Portefeuille zur Verfügung stellen und nach des Kaisers letzten Äußerungen dann den Auftrag erhalten, ein homogenes, zum Kampf gegen die soziale Revolution bereites Ministerium zu bilden.²⁾ Wilhelm II. aber, der ja gerade in diesem Punkte vom Kanzler prinzipiell abwich, und seine Meinung natürlich auch am 25. Februar keineswegs aufgegeben hatte, lehnte am 4. März die ihm von Bismarck suggerierte Vorlegung eines verschärften Sozialistengesetzes vor dem Reichstag mit Entschiedenheit ab: die Vorlage verspreche durch die Aberkennung des Wahlrechts und die Expatriierung gegenwärtig keinerlei politischen Erfolg und gebe der Opposition nur Gelegenheit, Skandal zu machen; erst wenn unter den besitzenden Klassen das Bedürfnis nach stärkerer Unterdrückung der sozialdemokratischen Agitation wieder zur Geltung komme, könne man dieser Frage näher treten — einstweilen sei es richtiger, die Geltungsfrist des Gesetzes ablaufen zu lassen und zu warten, wie die Dinge sich weiter entwickelten.³⁾

¹⁾ Marschall, 2. und 4. März. Lerchenfeld, 4. und 9. März. Der Kanzler hat ihm selber nach seinem Sturz erklärt, der Kaiser habe ursprünglich ein verschärftes Sozialistengesetz verlangt und sei erst nachher andern Sinnes geworden (20. März), so dass es sich um ein Missverständnis zu handeln scheint. S. auch Lucius, S. 519.

²⁾ *Gedanken und Erinnerungen.*

³⁾ Marschall, 6. März. Lerchenfeld, 4. und 9. März. «Sodann scheint mir sicher, dass der Reichskanzler sich nicht zum freiwilligen Rücktritt entschließen kann und dass der Kaiser klug und ruhig genug ist, seinerseits den Bruch zu vermeiden. Andererseits fährt aber der Kaiser fort, nach eigenen Heften Politik zu machen und sich Rats überall zu erholen, wo er ihm in angenehmer Form entgegengebracht wird, und dabei den Reichskanzler und andere berufene Ratgeber in einem Grade zu umgehen, wie es in einem modernen Staat wohl noch nicht erlebt worden ist . . . Von einer Übereinstimmung zwischen den Ministern ist keine Spur mehr vorhanden.» Hohenthal, 5. März.

Trotzdem Bismarck sich nun fügte und, wie es scheint, sogar ein vorübergehendes Nachlassen der Spannung eintrat, waren die Verhältnisse auf die Dauer völlig unerträglich geworden: nach wie vor arbeiteten der Kaiser und sein erster Berater in entgegengesetzter Richtung. Bei der Vorbereitung der vom Kaiser und seinem Kriegsminister Verdy du Vernois gewünschten Militärvorlagen, zeigte der Kanzler — wie seine Gegner wenigstens behaupteten — die Tendenz nach möglicher Erweiterung der finanziellen Ansprüche, so dass etwa einer der Minister selber erklärte: „Die Politik des Reichskanzlers ist durchsichtig. Nachdem der Kaiser ein Veto gegen das Sozialistengesetz eingelegt hat, soll die Militärvorlage dazu herhalten, um den Reichstag in die Luft zu sprengen,¹⁾ um die sozialpolitischen Pläne des Kaisers zu vereiteln und dasjenige Maß von Verwirrung in Deutschland herbeizuführen, dessen Fürst Bismarck bedarf, um sich für unentbehrlich zu halten.“ Wilhelm II. äußerte denn auch bereits die Absicht, nur den Teil betreffend die Artillerie vorzulegen, den Rest aber zu vertagen, da eine Reichstagsauflösung aus diesem Anlass zur größten Verwirrung führen würde, weil beim Wahlkampf die Frage der ein-, zwei- oder dreijährigen Dienstzeit eine entscheidende Rolle spielen müsste und die Regierungsparteien dabei noch mehr zu Schaden kämen. Außerdem fürchtete der Kaiser, dass die Einbringung einer so weitgehenden Militärvorlage nicht nur die Arbeiterschutzfrage in den Hintergrund drängen, sondern seine in den betreffenden Erlassen ausgesprochenen reformatorischen Gedanken diskreditieren würde. Es mochten, wie Bismarck vermutete, Warnungen des Großherzogs von Baden vor einer Politik des Blutvergießens mitgespielt haben; wahrscheinlicher aber ist, dass der Kanzler die angebliche Sinnesänderung des Kaisers am 25. Februar und seine Verpflichtung auf ein Kampfprogramm von Anfang an überschätzt hatte — da Wilhelm doch offenbar nur in einer momentanen Wallung, sowie um Bismarcks Widerstand gegen die Arbeiterschutzgesetze zu

¹⁾ Bismarck selber hat freilich in den *Gedanken und Erinnerungen* gesagt, dass in der Militärfrage für ihn kein Grund zum Bruch mit dem Reichstag vorgelegen habe. Dass die ganze Angelegenheit für ihn nicht Selbstzweck war, sondern andern Gesichtspunkten untergeordnet wurde, ergibt sich indes auch aus seiner Darstellung.

beschwichtigen, die vage Zusage gegeben hatte, im Bedürfnis-
falle schießen zu lassen. Zu alledem tauchte in der ersten Hälfte
März infolge von Bismarcks Absicht einer Annäherung an
das Zentrum, der konservativ-klerikalen Allianz im Reichstag,
eine weitere und womöglich noch gefährlichere Spannung auf,
da der Kaiser eine solche Politik auf das entschiedenste per-
horreszierte.¹⁾ Winthorsts Besuch beim Kanzler entfesselte
denn auch, neben jener Kabinettsordre von 1852 und einigen
andern Momenten, in der verhängnisvollen Unterredung vom
15. März zwischen Wilhelm II. und Bismarck die Katastrophe.

Sie braucht hier nicht wieder erzählt zu werden²⁾ — um so
weniger, da Marschalls knapper Bericht vom 18. März keine
neuen Momente ergibt. Aus den bisherigen aber ist schon
deutlich geworden, dass die Meinungsverschiedenheiten über
die Frage des Arbeiterschutzes bei der Trennung zwischen
dem Kaiser und seinem vornehmsten Berater eine entscheidende
Rolle gespielt haben, — trotzdem man sich nicht verhehlen
darf, dass auch jede beliebige andere Frage den latenten Kon-
flikt hätte zur Reife bringen können —, dass eine wirkliche
Unmöglichkeit des ferneren Zusammenwirkens in den Aufgaben
der inneren Politik bestand, dass Wilhelm II. in den von Bismarck
bekämpften Plänen zum Teil weit richtiger gesehen hat, als der
Kanzler, und dass endlich dessen Absicht einer Verschärfung
der sozialen Gegensätze die größte Gefahr für das Land herauf-
beschworen hätte. Es ist keine Frage, dass der Begründer des
Reiches sich in der politischen Einschätzung der Sozialdemo-
kratie³⁾ gerade so täuschte, wie einst im Urteil über die römische
Kirche: er lebte der festen Überzeugung, ein blutiger Kampf
mit dem Sozialismus stehe unmittelbar bevor, und der Kon-

¹⁾ Marschall, 1. und 15. März. Lerchenfeld, 15. März. Er behauptet (20. März), der Kaiser habe den Kanzler in den letzten vier Wochen sogar polizeilich überwachen lassen! Lucius, S. 521 ff.: «Se. Majestät soll fest überzeugt sein, Bismarck wolle ihn in einen Konflikt hineinreiten, aus welchem er allein ihn retten könne, d. h. vermeintlich, da er nicht mehr der Alte sei» usw. In der Begrüßungsanrede an die Internationale Konferenz hatte Berlepsch einen Satz aufgenommen, welcher der Schweiz ein Kompliment machte über ihre Bereitwilligkeit, vor der Berliner die eigene Einladung zurücktreten zu lassen. Bismarck strich ihn als überflüssig. Se. Majestät befahl die W ederaufnahme als sachgemäß und nötig. Das wäre unter früheren Verhältnissen eine Kabinettsfrage für Bismarck gewesen.»

²⁾ Vgl. Bismarcks eigene Darstellung in den *Gedanken und Erinnerungen*.

³⁾ S. auch Rottenburg (Eppstein, S. 83): «Der Fürst hat sich mir gegenüber wiederholt dahin geäußert, für ihn sei nur die Bekämpfung der Sozialdemokratie *conditio sine qua non*.»

flikt werde um so gefährlicher ausfallen, je später er eintrete; seine Aufgabe sei, den Kaiser vor irgendwelcher Nachgiebigkeit, welche die Krise nur vergrößern müsse, zu bewahren. Hierin, und nicht in einem greisenhaften Eigensinn, liegt der Ursprung des Streits, den dann die persönlichen Momente, der Gegensatz der Machtansprüche, der Zwist wegen der Kabinettsordre, die Frage der Heranziehung des Zentrums zu den Regierungsparteien und die Beschwerden Wilhelms II. über das Zurückhalten nichtssagender Konsularberichte aus Russland bis zur Explosion verschärften.

Und doch ist der Kampf mit der Sozialdemokratie, den Bismarck noch bei Abfassung der *Gedanken und Erinnerungen* mit Sicherheit voraussah, nicht eingetreten, und das Kaisertum ist wegen seiner fehlerhaften *auswärtigen* Politik, aber nicht wegen der Konzessionen an den „inneren Feind“ gefallen. Diese Irrtümer sind nun freilich durch den Sturz des Kanzlers eingeleitet worden, und die Art und Weise seiner Entlassung lässt sich vollends nicht rechtfertigen; dass aber der Rücktritt des großen Reichsschöpfers vom innerpolitischen Gesichtspunkt aus eine Notwendigkeit gewesen ist, lässt sich, wenn man einmal die ganze Tragweite seines Fehltrils erwägt, nicht bestreiten: schlimmer als einst der Streit mit der katholischen Kirche drohte jetzt der Krieg gegen die Sozialdemokratie die von Bismarck geschaffene Volkseinheit auseinander zu treiben. Es gehört zu der Tragik in seinem Wirken, dass er die innerpolitischen Aufgaben so häufig nur unter dem Gesichtspunkt von Kampf und Gewaltübung aufzufassen vermochte. Seine Nachfolger haben dann zwar — jedes unbefangene Urteil wird diese Tatsache bestätigen — trotz mannigfacher Sprunghaftigkeiten und Inkonsequenzen vielfach Gegensätze ausgeglichen, die unter ihm unversöhnlich auseinanderklafften: indem sie jedoch sein außenpolitisches Werk zerstörten, hoben sie dieses Verdienst, ohne es zu ahnen, wieder auf, und so bildete denn Bismarcks Entlassung, trotzdem sie keineswegs unbegründet und leichtfertig herbeigeführt wurde, sondern in einem Verkennen der ganzen Zeitbedürfnisse durch den Kanzler wurzelt, die Einleitung zu der zweieinhalb Jahrzehnte später über seine Schöpfung hereinbrechenden Katastrophe.

NACHTRAG

Zum *Wohlgemuthhandel* ist noch zu vergleichen die Aufzeichnung Chlodwig Hohenlohes (*Denkwürdigkeiten*) Bd. II, S. 456 (Baden, 24. Juni 1889): „Der Großherzog v. Baden war beunruhigt durch die politische Lage und erbittert über die Zumutung Bismarcks, die Grenze gegen den Kanton Aargau zu sperren ... Überhaupt tadelt er, dass man die Sache in Berlin so weit getrieben habe. Die Schweiz habe Vorschläge gemacht, die man habe annehmen können: Anstellung eines Staatsanwalts für den Bund, Reorganisation der Polizei u. a. In Berlin habe man aber auf der Rücknahme der Ausweisung Wohlgemuths und auf Schuldbekennnis bestanden. Selbst Herbert Bismarck sage, er verstehe seinen Vater nicht mehr, und viele Leute fiengen an zu glauben, dass er nicht mehr richtig im Kopfe sei. Die Schweizer Sache sieht der Großherzog vom militärischen Standpunkt als sehr gefährlich an. Alle unsre Kriegspläne basierten auf der wohlwollenden Neutralität der Schweiz ... Ob das nicht zum Rücktritt Bismarcks führen könne? Das schien dem Großherzog zwar bedenklich, aber doch kein ausschlaggebender Grund, um in dieser Sache Bismarck zu folgen“ usw. (s. auch die darauf folgenden Notizen über Bismarcks Sturz, besonders vom 24., 26., 27., 31. März und 26. April, zum Teil nach Mitteilungen Bismarcks und des Kaisers).

Der Wortlaut von *Roth's Bericht* an den schweizerischen Bundesrat, vom 18. Februar 1890 (über seine Unterredung mit Bismarck), wird von Alfr. Stern in Heft 1/2 der *Zeitschrift für Schweizer. Geschichte* veröffentlicht werden; der Inhalt stimmt mit der in der vorstehenden Darstellung gegebenen Erzählung Marschalls zum Teil wörtlich überein.

ZÜRICH

ERNST GAGLIARDI